

Da die Ausführungen in dem Manifest für einen humanen und ökologischen Umgang mit der Pandemie (Für ganzheitliche Gesundheit, Grundrechte und Gemeinwohl) in dem Abschnitt „Für ein differenziertes Wissenschaftsverständnis“ offensichtlich von manchen Leser_innen anders verstanden werden, als ich als Unterzeichner_in sie gemeint habe, ist eine Klarstellung angebracht.

Die relativierenden Aussagen zur „Wissenschaft“ beziehen sich keinesfalls auf die Ergebnisse naturwissenschaftlicher Diskussionsprozesse, die in der Regel sehr wohl zu klaren, gut begründeten Erkenntnissen führen, wenn sie in offener, pluraler wissenschaftlicher Diskussion gewonnen werden. Das wissenschaftliche Ethos verpflichtet nicht nur zu Redlichkeit innerhalb der wissenschaftlichen Forschung, sondern auch zum Dialog mit anderen über deren Forschungsergebnisse. Neue Daten oder Hypothesen können jederzeit eine Revision bisheriger wissenschaftlicher Erkenntnisse notwendig machen, sodass wissenschaftliche Wahrheiten keinen dogmatischen Charakter aufweisen können. Der Appell des Manifestes ist es, auch in der Coronaproblematik zu guter wissenschaftlicher Praxis zurückzufinden, und Hypothesen auf ihren wissenschaftlichen Wert hin zu diskutieren, statt Vertreter_innen bestimmter Hypothesen persönlich zu diffamieren. Dass Wissenschaftler_innen sich selbst im geschützten Raum der Universitäten nicht trauen, ihre Kritik an Daten oder ihre Interpretation derselben zu vertreten, weil diese vom mainstream Denken abweichen, hat Alarmglocken schrillen lassen. Dass so genannte „Faktenchecks“, bei denen eben nicht Fakten überprüft werden, sondern Thesen, nicht der Wissenschaft vorbehalten bleiben, sondern Medien und Firmen mit kommerziellen Interessen, stimmt auch bedenklich.

Es geht aber auch darum darauf hinzuweisen, dass komplexe Probleme, wie etwa die Wahl von Kombinationen und Abfolgen von Corona-Maßnahmen, meist keine eindeutig „richtige“ Lösung haben, weil Interessensgegensätze auftreten und Werturteile mitspielen. Wissenschaft kann verschiedene Lösungen anbieten und deren Folgen diskutieren, aber nicht die eine Antwort bieten, auf die sich die Politik berufen könnte. Auch hier ist eine offene, sehr interdisziplinäre wissenschaftliche Diskussion erforderlich, die in einen transdisziplinären Aushandlungsprozess und letztlich in politische Entscheidungsfindung Eingang finden sollte.

In dieser Klarstellung wurden sicher nicht alle Aspekte des vielschichtigen Problems angesprochen, die Hauptmißverständnisse, soweit sie an mich herangetragen wurden, sollten aber damit behoben sein.

Helga Komp-Kolb